

Luise Trippler, 22, BUNDjugend Baden-Württemberg. Rede vom 22.10.2022

„So geht es nicht weiter. Nicht mit uns.“

Vielleicht haben es einige von euch schon mitbekommen: Neun junge Menschen haben die Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verklagt. Wegen zu wenig Maßnahmen in Bezug auf die Klimakrise. Es sind die gleichen Kläger*innen, die schon vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich waren.

Ich – als Teil der Klimabewegung, als Teil der BUNDjugend – unterstütze die Aktivist*innen, die diese Schritte gehen. Es braucht Menschen, die sich hinstellen und sagen „So geht es nicht weiter, nicht mit mir“. Aber so schön es auch ist, in die Freude darüber, dass es solche Menschen gibt, mischt sich ein Gefühl von Ohnmacht und Wut.

Wie weit musste es denn bitte kommen, dass junge Menschen einen großen Teil ihres Alltags darauf verwenden, auf die Folgen der Klimakrise aufmerksam zu machen? Wie krass müssen die Folgen der Klimakatastrophe noch werden, damit endlich eine radikale Veränderung geschieht? Wie viele Krisen müssen noch entstehen, um konsequente Handlungen hervorzurufen?

Wenn ich so auf die Welt blicke, ist Verzweiflung meiner Meinung nach absolut angemessen. Schlimm genug, dass es schon in der Gegenwart Menschen schlecht geht; aber wie kann die Lebensgrundlage von Menschen und ihrer Mitwelt in der Zukunft auch noch zerstört werden?!

Die Zukunft ist ungreifbar und oft auch ungewiss, natürlich – das gibt aber den jetzt lebenden Menschen nicht das Recht, sie mit Ansage kaputt zu machen! Egal ob es um CO₂-Emissionen aus dreckiger Braunkohle geht oder um Atommüll der weiterlaufenden Kraftwerke – diese Probleme sind nicht aufschiebbar und sie müssen jetzt gelöst werden. Es darf nicht sein, dass die Generationen nach uns unter den Fehlern der heutigen Zeit leiden müssen. Es darf nicht sein, dass Menschen im Globalen Süden schon jetzt Klimaungerechtigkeit erfahren. Um Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, muss es einen Wandel geben und der Globale Norden endlich seiner Verantwortung gerecht werden.

Dafür stehen auch wir heute hin und sagen: So geht es nicht weiter, nicht mit uns!

Die Schlagworte dieser Demo, dieser Kundgebung, stechen sofort raus: Krise, Energie und Solidarität. Für mich haben sie verschiedene Bedeutungen:

Das Wort Krise ist in den letzten Jahren in vielen Zusammenhängen gefallen. Corona, Krieg und nicht zuletzt natürlich die Klimakrise. Immer weitere Krisen kommen auf uns zu und die globale Lage spitzt sich zu.

Und große Krisen ziehen weitere nach sich: So auch die derzeitige Energiekrise, und auch die kam nicht über Nacht. Energie steht einerseits für die Energie in Form von Strom oder Wärme. Während über Kohle und Atomkraft gesprochen und entschieden wird, als seien das zukunftsfähige Optionen, bleiben die Erneuerbaren Energien schon seit Jahren auf der Strecke.

Außerdem hängt Energie mit Kraft zusammen. Kraft, die wir alle brauchen, um durchzuhalten. Um nicht an den Umständen, der Situation kaputt zu gehen. Kraft, die immer wieder schwer zu schöpfen ist, wenn die Krisen endlos scheinen. Kraft, die wir aus gelebter Solidarität gewinnen können.

Solidarität ist ein großes Wort und für Solidarität sind wir heute hier. Wenn wir gemeinsam anpacken, können wir etwas verändern – daran glaube ich! Wir alle müssen zusammenstehen und für soziale und ökologische Veränderung kämpfen.

Ich wünsche mir, dass es in naher Zukunft keinen Grund mehr gibt, eine solche Anklage wie die am Europäischen Gerichtshof zu erheben. Einfach, weil alle Menschen, und vor allem diejenigen mit politischer Macht, die Klimakatastrophe als Fakt anerkennen und gemäß diesem handeln. Mit Energie und Solidarität.

Ich weiß, dass es eine Utopie ist – aber vielleicht wird dieser Traum ja bald Realität. Und fürs Erste hoffe ich, dass die Kläger*innen Recht bekommen.